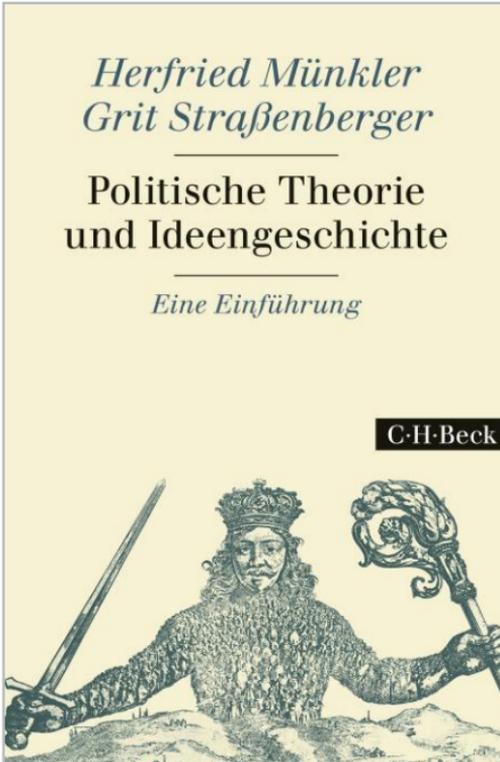


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Herfried Münkler, Grit Straßenberger**  
**Politische Theorie und Ideengeschichte**  
Eine Einführung

426 Seiten mit 8 Abbildungen. Broschiert  
ISBN: 978-3-406-59985-9

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/30082>

# INHALT

## Vorwort 9

## Einleitung: Was ist und wozu studiert man Politische Theorie und Ideengeschichte? 11

Die Stellung der Politischen Theorie und Ideengeschichte im Fach Politikwissenschaft 11 Einübung in politikwissenschaftliches Problemdenken 15 Der Challenge-and-Response-Ansatz der politischen Ideengeschichte 18 Zur Konzeption dieser Einführung 22 Anmerkungen 23

## Kapitel 1: Die Politik und das Politische 26

Das Denken des Politischen: ein Überblick 27 Aristoteles und der (Neo)Aristotelismus 32 Politik als Kampf um Macht und Einfluss: Machiavelli und Weber 38 Carl Schmitt und die Freund-Feind-Unterscheidung als Kriterium des Politischen 43 Die «Wiederentdeckung» des Politischen 47 Anmerkungen 52 Weiterführende Literatur 55

## Kapitel 2: Staat und Nation 56

Das schwierige Kompositum «Nationalstaat» 57 Vom Personenverbandsstaat zum institutionellen Flächenstaat 60 Staatsräson als politische Leitdirektive 64 Staatsmetaphorik und Staatsapparatur 66 Kant, Hegel und Marx über den Staat 69 Der Staat im 20. Jahrhundert und darüber hinaus 73 Nation und Nationalismus 75 Anmerkungen 78 Weiterführende Literatur 84

## Kapitel 3: Herrschafts- und Verfassungsformen: Typologien der politischen Ordnung 85

Legitimationserzählung und Verfassungsbildung 86 Die Verfassungstypologie des Aristoteles 91 Der Kreislauf der Verfassungsformen und die Idee der Mischverfassung 96 Die Vorstellung von der Gewaltenteilung: Locke, Montesquieu, Madison 102 Die drei Idealtypen der Herrschaft bei Max Weber mit Seitenblicken auf Simmel und Marx 107 Die Wiederkehr patrimonialer Herrschaftsformen 113 Anmerkungen 116 Weiterführende Literatur 121

## Kapitel 4: Souveränität und die Infrastruktur der Macht 122

Komponenten und Dimensionen des Souveränitätsbegriffs 123 Die Entstehung des Souveränitätskonzepts in den Bürgerkriegen des 16. und 17. Jahrhunderts 126 Von der Ritterschaft über die Condottieri zum miles perpetuus: das

Militär 133 Die Beamtenschaft bei Machiavelli, Lipsius, Bodin und Hegel 141  
Anmerkungen 145 Weiterführende Literatur 150

## **Kapitel 5: Republikanismus und Liberalismus 151**

Was ist eine Republik? 152 Liberalismus und Republikanismus: theoretisch-methodische Voraussetzungen ihrer Kontrastierung 155 Die Bürgertugend und deren notorische Erosion 159 Lässt sich eine Republik durch die Tötung ihrer Feinde retten? 165 Der französische Tugenddiskurs: Montesquieu, Rousseau, Robespierre 169 Die Durchsetzung des Interessendiskurses auf dem Felde der Ökonomie: die Konstitution des Liberalismus 174 Bürgerliche Tugend und politische Freiheit: ein Ausblick 178 Anmerkungen 180 Weiterführende Literatur 186

## **Kapitel 6: Der Vertrag und die Erzählung. Kontraktualismus und Narration als Legitimationsformen der politischen Ordnung 187**

Alles Narration? Ansätze einer politikwissenschaftlichen Narratologie 188 Thomas Hobbes' staatsphilosophischer Kontraktualismus 191 Liberale und republikanische Versionen der Gesellschaftsvertragstheorie: John Locke und Jean-Jacques Rousseau 201 Der Staat der Vereinbarung und die Politik der Narration 206 Anmerkungen 216 Weiterführende Literatur 221

## **Kapitel 7: Freiheit und Gerechtigkeit 222**

Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit 223 Freiheiten und Freiheit 226 Grundriss einer Ideengeschichte der Freiheit 232 Viele Antworten auf die Frage nach der Gerechtigkeit 238 Welche Gleichheit ist gerecht? 243 Anmerkungen 252 Weiterführende Literatur 256

## **Kapitel 8: Tyrannis und Diktatur 257**

Der Kampf mit Begriffen und die Verwirrung der Begriffe 258 Charakteristika der Tyrannis: Geldgestützte Gewaltherrschaft 260 Über den Zugang zum Machthaber: der Intellektuelle und der Tyrann 262 Xenophons «Hieron» und die Einsamkeit des Tyrannen 265 Widerstandsrecht, Tyrannenmord und die «Tyrannie der Mehrheit» 268 Die Diktatur: Von der altrömischen Magistratur zur «Diktatur des Proletariats» 274 Anmerkungen 279 Weiterführende Literatur 282

## **Kapitel 9: Idealstaat und Utopie 283**

Die neue Literaturgattung der Sozialutopie 283 Die Utopien der Frühen Neuzeit: Morus, Campanella, Bacon 286 Die antike Idealstaatsidee und die Idealstädte der Renaissance und des Barock 291 Von der Utopie zur Uchronie 297 Die Anti-Utopien des 20. Jahrhunderts 302 Die philosophisch-sozialwissenschaftliche Debatte über die Utopie 307 Anmerkungen 309 Weiterführende Literatur 314

## **Kapitel 10: Rebellion und Revolution 315**

Begriffliche Klärungen: Beschleunigung der Geschichte oder Verteidigung menschlicher Würde 316 Die Französische Revolution und das ideengeschichtliche Bündnis von Revolution und Fortschritt 322 Theorien der Revolution und der Kampf um Deutungshoheit 331 Anmerkungen 338 Weiterführende Literatur 342

## **Kapitel 11: Staatenkrieg und Bürgerkrieg 343**

Eine sehr kurze Geschichte von Krieg und Frieden 344 Die Auflösung von Gemengelagen des Krieges mit politischen und juristischen Mitteln 350 Ätiologien des Krieges: Frauenraub und Heldenruhm, politisch-kulturelle Selbstbehauptung und der Kampf um Macht und Größe 359 Anmerkungen 364 Weiterführende Literatur 368

## **Kapitel 12: Imperium und Staatensystem 369**

Eine Florentiner Debatte über die politische Ordnung Europas und die venezianischen Ursprünge der Diplomatie 370 Gleichgewicht und Hegemonie in der Geschichte Europas 373 Imperien und Imperialismustheorien 377 Steppeimperien, Großreiche und langlebige Hybridbildungen 381 Anmerkungen 384 Weiterführende Literatur 388

## **Kapitel 13: Religion und Politik 389**

Martin Luther und Thomas Müntzer über Widerstand und revolutionären Umsturz 390 Martin Luthers Vorstellung von der Obrigkeit als Instrument Gottes 394 Die Religion als Konfliktverschärfer oder Konfliktbegrenzer 398 Etappen der Religionskritik in der europäischen Ideengeschichte 405 Apokalyptische Bilder und kosmoskonservative Grundhaltung 412 Anmerkungen 415 Weiterführende Literatur 420

## **Personenregister 421**

## VORWORT

Diese Einführung in die Politische Theorie und Ideengeschichte geht neue Wege: Sie folgt nicht dem herkömmlichen Prinzip einer Darstellung des politischen Denkens in chronologisch geordneter Abfolge der wichtigsten Theoretiker und ihrer Werke, sondern ist an zentralen Leitbegriffen und zugehörigen Problemfeldern orientiert. Am Anfang eines jeden der dreizehn Kapitel steht eine knappe Vorbemerkung, die aus der Perspektive politisch aktueller Fragestellungen und ihrer analytischen Beschreibung heraus verfasst ist. In ihr werden die Herausforderungen skizziert, denen gegenüber die politiktheoretischen Begriffe Reaktionen darstellen bzw. dargestellt haben, an denen sie gescheitert sind oder, zumindest zeitweilig, von Erfolg getragen wurden. Politisches Denken wird hier nicht als Abfolge von Theorien und deren Dogmatisierungen vorgeführt, sondern als Bestandteil politischer Konflikte und Auseinandersetzungen, in denen eine bestimmte Antwort selten die einzige war und fast nie ungeteilte Zustimmung gefunden hat.

Auf eine solche Zustimmung waren die politischen Ideen und Theorien jedoch aus. Sie setzen eine spezifische Problemwahrnehmung voraus oder versuchen diese mit argumentativen und/oder suggestiven Mitteln plausibel zu machen, um auf diese Weise die Akzeptanz ihrer Antworten als Problemlösung oder doch vielversprechende Problembearbeitung vorzubereiten. Politische Theorien sind, die einen mehr, die anderen weniger, immer auch Interventionen in politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, aber es sind dies Interventionen einer besonderen Art: Sie stellen weder eine abschließende Entscheidung dar noch können sie selbst auf die Instrumente des Zwangs zurückgreifen (auch wenn sie derlei verschiedentlich anraten), sondern sind allein auf die Plausibilität ihrer Beschreibungen und die Überzeugungskraft ihrer Argumente angewiesen.

Wir haben uns entschlossen, nicht einzelne Leitbegriffe zu bear-

beiten, sondern sie paarweise zu gruppieren, wobei dies in gegensätzlicher, ebenso aber auch in komplementärer Form erfolgen kann. Im einen Fall markieren die Leitbegriffe die Eckpunkte eines Problemfeldes, im anderen stellen sie eher unterschiedliche Wahrnehmungen oder Ausleuchtungen dieses Problemfeldes dar. Über die paarweise Gruppierung der Leitbegriffe lassen sich die Problemfelder klarer konturieren und zugleich die Brückenschläge zu jüngeren politiktheoretischen Entwürfen aufzeigen. Eine solche Verbindung von politischer Theorie und Ideengeschichte gelingt in der hier gewählten Darstellung erheblich besser als dies bei einer autorenbezogenen und chronologisch aufgebauten Einführung möglich ist. Zudem entspricht dieses Vorgehen unserer Grundvorstellung, wonach die politische Ideengeschichte das Archiv und das Labor sei, deren sich die aktuelle Politische Theorie bedient, um Antworten für heutige Herausforderungen zu entwickeln.

Hinter dem Entschluss, statt Theoretikern und ihrer Werke Leitbegriffe und Problemfelder darzustellen, steht aber auch eine methodische Grundentscheidung im Umgang mit der Geschichte des politischen Denkens: Politische Ideen und Theorien werden hier als mehr oder weniger ausgearbeitete Antworten auf die sozio-politischen Herausforderungen ihrer Zeit verstanden. D.h. sie erwachsen nicht nur aus bestimmten sozialen und politischen, ökonomischen und ökologischen Konstellationen, sondern reagieren mit ihren Deutungsangeboten auf die sich im Verlauf der Geschichte wandelnden Herausforderungen und wirken auf diese selbst ein. Und da eine Idee oder Theorie selten die einzige Antwort auf ein Problemfeld ist, sondern mit anderen konkurriert oder kooperiert, sind Theorien immer auch Antworten auf andere Theorien und damit zugleich Reaktionen auf die durch diese Theorien veränderten Konstellationen. Diese Etappen in einem diachronen Diskurs darzustellen und an einigen Querschnitten in der Geschichte des politischen Denkens auszuleuchten, dient die hier gewählte Darstellungsform in Leitbegriffen. Ob dies gelungen ist, muss der Leser beurteilen.

Berlin und Bonn, August 2015

## **EINLEITUNG:**

### **WAS IST UND WOZU STUDIERT MAN POLITISCHE THEORIE UND IDEENGESCHICHTE?**

#### **Die Stellung der Politischen Theorie und Ideengeschichte im Fach Politikwissenschaft**

Die Politikwissenschaft ist eine junge akademische Disziplin mit einer langen Tradition. Als Begründer der politischen Wissenschaft gilt der griechische Philosoph Aristoteles. In Abgrenzung zu Platon plädierte er dafür, das Politische als eine eigene Sphäre zu begreifen, in der nicht das Wissen, sondern das Handeln zentral ist. «Praktische Philosophie über die menschlichen Angelegenheiten» hat Aristoteles seinen neuen, genuin politischen Zugang zu diesem besonderen Handlungsbereich genannt und dabei thematisch und schriftentmäÙig zwischen Politik und Ethik unterschieden: Während die *Nikomachische Ethik* die handlungstheoretischen und tugendethischen Grundlagen der guten politischen Ordnung enthält, werden in der *Politik* institutionelle Ordnungen, Verfassungsformen und gesellschaftliche Realisierungsbedingungen des guten Lebens (*eu zēn*) behandelt.

In Aristoteles' Entwurf der praktischen Philosophie wird bereits eine zentrale Eigenart der Politikwissenschaft angedeutet: Sie ist eine Wissenschaft, die im Unterschied etwa zu den methodisch sehr viel ausgefeilteren Naturwissenschaften in der Wahl ihrer Gegenstände und Probleme nicht autonom ist. Was jeweils zum Thema der Politikwissenschaft wird, bestimmen nicht allein die Politikwissenschaftler; die Forschungsagenda wird vielmehr von großen politischen Fragen und Problemen der jeweiligen Gegenwart beeinflusst bzw. von einflussreichen politischen Akteuren mitbestimmt. Die Politik ist in der Politikwissenschaft also immer präsent, und zwar nicht nur im Hinblick auf die seit Platon und Aristoteles heftig diskutierte und bis heute unentschiedene Frage, worin das Wesen des Politischen besteht, sondern eben auch in dem unmittelbaren Sinne, dass Politik-

wissenschaft dem jeweiligen historisch-politischen Kontext verhaftet ist, auf konkrete politische Herausforderungen reagiert und zudem unter dem Druck steht, ihre Praxistauglichkeit immer wieder aufs Neue beweisen zu müssen.

Das Politische der Politikwissenschaft und die darin begründete Heteronomie dieser – jedenfalls im deutschen akademischen Kontext – jungen akademischen Disziplin hat spezifische Konflikte produziert, und zwar innerhalb der Politikwissenschaft selbst, sodann in ihrem Verhältnis zur Politik und schließlich im Kreis der etablierten universitären Disziplinen, von denen Themengebiete für sich selbst reklamiert wurden.<sup>1</sup> So sah sich die Politikwissenschaft in Deutschland, wo sie nach 1945 im Rahmen des sogenannten «reeducation»-Programms als «Demokratiewissenschaft» etabliert wurde, dem seinerzeit massiv vorgetragenen Vorbehalt der «klassischen» Fakultäten ausgesetzt, keine eigenständige wissenschaftliche Disziplin zu sein, sondern ihre Themenstellungen gewissermaßen parasitär der Rechtswissenschaft, der Geschichte, der Soziologie und partiell auch der Volkswirtschaftslehre sowie der Philosophie zu entlehnen. Die politisch initiierte Reetablierung der Politikwissenschaft als akademisches Fach und der Einspruch der kanonisierten universitären Disziplinen haben trotz der akademischen Anerkennung Anfang der sechziger Jahre das Selbstverständnis der Politikwissenschaftler und ihre innerdisziplinäre Diskussionskultur bis heute geprägt.

Seit ihrer Anerkennung als eigenständige akademische Disziplin – und unter den gegenwärtigen Bedingungen einer verschärften Konkurrenz um notorisch knappe Forschungsmittel und um das knappe Gut der öffentlichen Aufmerksamkeit noch einmal in verschärfter Weise – haben die politikwissenschaftlichen Teildisziplinen einen für die Stellung des Fachs innerhalb des akademischen Feldes, aber auch hinsichtlich ihrer öffentlichen Wahrnehmung eher kontraproduktiven Streit um ihren wissenschaftlichen Status und ihre Praxisrelevanz geführt. Dabei haben sich jeweils die Teildisziplinen durchgesetzt, die den Nachweis erbringen konnten, empirisch anschlussfähig und/oder auf der Höhe der praktischen Politikberatung zu sein. Die Politische Theorie und Ideengeschichte schneidet in diesem Kampf um öffentliche Anerkennung, Geld und Positionen derzeit nicht so gut ab. Bildete sie in der Bundesrepublik Deutschland seit mehreren

Jahrzehnten einen der vier fest etablierten Teilbereiche der Politikwissenschaft, so wird ihr dieser Status seit geraumer Zeit von den drei anderen klassischen Lehr- und Forschungsbereichen – der Innenpolitik, der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Internationalen Politik – sowie von der neu etablierten Governance-Forschung streitig gemacht.<sup>2</sup> Eine Begründung für die gegenwärtig zu beobachtende Umwidmung von Professuren für Politische Theorie und Ideengeschichte in sogenannte Bindestrich-Professuren lautet, dass zu jeder Wissenschaft Theorie gehörte, dass also die anderen politikwissenschaftlichen Teilbereiche das immer schon mitmachten, was die Politische Theorie und Ideengeschichte für sich als Alleinstellungsmerkmal beanspruchen würde. – Was ist dran an diesem Vorwurf?

Unbestritten kommt Wissenschaft nicht ohne Theorie aus. Das gilt für die Politikwissenschaft ebenso wie für die anderen Gesellschafts- und Sozialwissenschaften und natürlich auch für die Naturwissenschaften. Jede Wissenschaft, sei sie noch so empirisch oder politikberatend ausgerichtet, geht von bestimmten theoretischen Modellen und methodologisch begründeten Vorentscheidungen aus. Dass Wissenschaft auf theoretischen Voraussetzungen aufruht, ist also ein Allgemeinplatz, der als Argument gegen die Politische Theorie und Ideengeschichte nicht taugt. Auffällig an den Einsprüchen ist indes, dass das Alleinstellungsmerkmal «Theorie» in Frage gestellt wird, nicht aber die ideengeschichtliche Herangehensweise. Diese nämlich können die anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen keineswegs für sich in Anspruch nehmen. Durch das «Anhängsel» Ideengeschichte gewinnt die Politische Theorie nicht nur einen in seiner Weite und Tiefe höchst spezifischen, von anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen unterschiedenen Gegenstandsbe-  
reich, sondern dadurch praktiziert sie auch eine methodisch hoch differenzierte Selbstreflexion, die so bei keiner anderen Teildisziplin des Fachs zu beobachten ist. Nun ist aber eben diese in der Politischen Theorie und Ideengeschichte praktizierte Methodenvielfalt, ja der innerhalb dieser Teildisziplin selbst vehement geführte Streit um das methodische Profil des Fachs, zugleich ein Problem – und zwar kein wissenschaftliches, sondern ein wissenschaftspolitisches. «Innerparteilicher» Streit ist zwar wünschenswert, insofern durch

das begründete Austragen von Differenzen und den Wettbewerb der Argumente wissenschaftliche Innovationen entstehen, aber in der Interessenvertretung nach außen, also im Kampf um Einfluss, Geld und Macht, lassen sich (wissenschafts-)politische Ansprüche umso besser vertreten und durchsetzen, je geschlossener sich eine Disziplin bzw. deren Teilbereiche in der Außenwirkung darstellen. Die Politikwissenschaft und insbesondere die politikwissenschaftliche Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte kennt diese Mechanismen, denn die Frage nach der Macht bildet einen ihrer Kernbereiche; zugleich aber besteht sie nicht ohne Grund darauf, dass die Wissenschaft einer anderen Logik folgen sollte als die Politik: Nicht Macht, sondern die Geltung von Argumenten sollte die wissenschaftliche Praxis leiten und jenen Erkenntnisfortschritt befördern, der über den wissenschaftlichen Bereich hinausreicht. Wie auch immer es um das aufklärerische Projekt einer selbstreflexiven, zur Kritik ihrer Normen, Institutionen und Praxen befähigten Gesellschaft bestellt sein mag, zu der die Politikwissenschaft beitragen will, die große Stärke der Politischen Theorie und Ideengeschichte, die methodischen Voraussetzungen ihrer Reflexion des Politischen selbst zum Gegenstand fachinterner bzw. teildisziplinärer Diskussion zu machen, erweist sich zugleich als ihre Achillesferse – es sei denn, es gelingt ihr, den Wettbewerb der Methoden, wie das Politische erfasst und begrifflich konzeptionalisiert werden kann, als Chance zu begreifen, ein eigenständiges Profil und eine teildisziplinäre Identität auszubilden, die für die Sichtbarkeit der Politikwissenschaft insgesamt förderlich ist und zudem die innerdisziplinäre Relevanz steigern kann. Nur dann könnte das weitergehende Argument entkräftet werden, die beiden additiv zusammengefügte Teilbereiche der Politischen Theorie und Ideengeschichte ließen sich sachlich aus der Politikwissenschaft ausklinken und ihren jeweiligen etablierten Disziplinen zuordnen: die «Politische Theorie» der (politischen) Philosophie und die «Ideengeschichte» der Geschichtswissenschaft.

## **Einübung in politikwissenschaftliches Problemdenken**

Unter den Bedingungen notorischer Ungewissheit kann Politikwissenschaft die Politik nicht nur darauf vorbereiten, dass Gefahren anstehen – was in dieser allgemeinen Form ohnehin jeder kompetente Politiker weiß –, ihr Beitrag besteht vielmehr darin, bei der Antizipation und Analyse sowie der Bewältigung dieser Gefahren, also der Überführung in kalkulierbare Risiken, behilflich zu sein.<sup>3</sup> Damit die Politische Wissenschaft diese Leistungen für Politik erbringen kann, muss sie über unmittelbare Ursache-Wirkung-Relationen und kleinteilige Policy-Analysen hinaus die langen Wirkungszeiträume politischen Handelns und gesellschaftlicher Leitideen in den Blick nehmen. Politische Theorie und Ideengeschichte stellt eine solche Perspektive bereit. Die Ideengeschichte fungiert dabei als das «Archiv», in dem die Geschichte des politischen Denkens aufgespeichert und bewahrt wird, während die Theorie dieses Archiv in ein «Laboratorium» überführt, also die klassischen politischen Ideen und Theorien mit neuen Ingredienzen anreichert oder in einer bislang noch nicht getesteten Weise miteinander verbindet.<sup>4</sup> Der Gewinn für die Politik liegt darin, dass die Brauchbarkeit politischer Ideen vor ihrer realen Umsetzung intellektuell getestet werden kann; das Risiko für die Politische Theorie und Ideengeschichte liegt in dem Verspielen jener Distanz zum tagespolitischen Geschäft, die ihr reflexiv-kritisches Potenzial ausmacht. Denn je stärker eine politische Theorie durch die Probleme und Herausforderungen ihrer Zeit geprägt ist, desto geringer ist ihre Halbwertszeit. Die politische Ideengeschichte pflegt zur Ausbalancierung dieser Risiken Texte mit hoher Halbwertszeit. Sie ist mithin keineswegs nur eine Schatzkammer, die man auf der Suche nach einem originellen Appetizer gelegentlich aufsucht, sondern ein Arsenal der Politikanalyse. Zweieinhalb Jahrtausende der Geschichte des politischen Denkens sind hier nach systematischen und chronologischen Aspekten archiviert. In diesem Sinne handelt es sich sehr wohl um einen Schatz, dessen Mehrwert sich jedoch erst in seiner kompetenten Nutzung erweist bzw. sich im Vollzug erst realisiert. Die Ideengeschichte lässt sich als ein «Ort» beschreiben, an dem sichtbar wird, wie politische Denker die Probleme ihrer Zeit wahr-

genommen und bearbeitet haben und wie sich daraus die spezifische Problembearbeitungskompetenz der jeweiligen Theorie ergeben hat. Die politiktheoretische Analyse gewinnt mit der politischen Ideengeschichte also nicht nur Bodenhaftung, sondern auch jene intellektuelle Sensibilität und Flexibilität, die für die Perzeption wie Bearbeitung neuer Probleme und Herausforderungen erforderlich ist.

Politische Ideengeschichte ist, wo sie nicht als pure Dogmengeschichte betrieben wird, ein unersetzlicher Exerzierplatz für die Einübung in ein politikwissenschaftliches Problemdenken, das Theorien als Antworten auf Herausforderungen begreift und die Entwicklung eines Gedankens in diesem Wechselspiel rekonstruiert. Aristoteles, Machiavelli, Hobbes, Marx – sie sind nicht als Produzenten fertiger Antworten interessant, sondern als politische Autoren, deren Denken mit der Bestandsaufnahme und Problemanalyse beginnt, um anschließend Antworten und Lösungsstrategien zu entwerfen. Nicht die fertigen Antworten, sondern das Weglassen und Hervorheben von Aspekten bei ihrer Entwicklung, die daraus erwachsende intellektuelle Attraktivität, aber auch die politischen Kosten dieser Komplexitätsreduzierung machen den analytischen und normativen Mehrwert der politischen Ideengeschichte aus.

Um diesen Mehrwert zu realisieren, darf die politische Ideengeschichte nicht in die Falle der Historizität gehen, indem sie Texte und Autoren säuberlich in die Folie ihrer eigenen Zeit verpackt und darin ruhen lässt. Sie muss diese vielmehr zu den Herausforderungen der eigenen Gegenwart in Bezug setzen, und das ist methodisch am ehesten durch theoretische Modellbildung möglich. Deswegen ist das «und» zwischen Theorie und Ideengeschichte entscheidend. Die Politische Theorie und Ideengeschichte gewinnt ihre intellektuelle Kraft und wissenschaftliche Attraktivität aus dem Vergleich, aus der Beobachtung von Ähnlichkeit und Differenz, Identität und Alterität. Aber im Unterschied zur professionellen Komparatistik muss sie sich dabei immer wieder auf hochriskante Vergleiche einlassen, und zwar solche diachroner wie synchroner Art. Hat der synchrone Vergleich, also die Analyse unterschiedlicher Zivilisationen hinsichtlich der vorherrschenden politischen Ordnungsmodelle und ihrer sozioökonomischen Grundlagen sowie der sie tragenden Ideen und Wertvorstellungen, eher die Erarbeitung operativer Szenarien, Strategien

und Lösungen zum Ziel, so nimmt die diachrone Herkunfts- und Wirkungsanalyse die Genese von Ordnungsvorstellungen, ihre Konkurrenz und ihren Wandel in den Blick und dient vorrangig der epistemologischen Selbstaufklärung und dem Erkenntnisfortschritt. Dabei ist es oftmals gerade die sehr schwer zu bewerkstellende Verbindung von synchroner und diachroner Analyse, in der sich das Potenzial von Politischer Theorie und Ideengeschichte einschließlich ihrer normativen Anteile entfaltet. Die politische Ideengeschichte dient dabei als jener «ferne Spiegel» (Barbara Tuchman), mit dem wir die eigene Gegenwart aus der Distanz studieren. Daraus ergeben sich überraschende und innovative Perspektiven. Um diese zu gewinnen, müssen die Theoriebestände freilich immer wieder neu gelesen und durchgearbeitet werden.

So verstanden verbindet der Lehr- und Forschungsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte drei grundlegende politikwissenschaftliche Perspektiven: Die *historisch-analytische Perspektive* verfolgt Herkunft und Wandel politischer Kernbegriffe und zentraler politischer Ideen, wie Menschen- und Bürgerrechte, Souveränität, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Diktatur und Revolution, und fragt nach deren Attraktivität und mobilisierenden Kraft für politische Bewegungen. Die Politische Theorie und Ideengeschichte ist, gerade weil sie praktische Wirkungsfragen zu berücksichtigen hat, immer mehr als reine Theoriegeschichte.<sup>5</sup> Sie erhebt zweitens einen *zeitdiagnostischen Anspruch*, d. h. sie analysiert gegenwärtige Krisen- und Konfliktsituationen in unterschiedlichen Politikbereichen – innere und äußere Sicherheit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor oder die Transformation des Nationalstaates im Zuge von Europäisierung und Globalisierung sowie angesichts neuer Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus – hinsichtlich ihrer Ursachen, Erscheinungsformen und möglichen Konsequenzen. Voraussetzung hierfür ist gleichwohl, dass Politische Theorie und Ideengeschichte systematisch ineinander greifen und zudem einen engen Kontakt zu den Diskursen um die gesellschaftspolitische Funktion von Theorie suchen. Schließlich behandelt Politische Theorie und Ideengeschichte *prognostische bzw. therapeutische Fragen*. Sie belässt es also nicht bei der Zeitdiagnose, sondern entwickelt und testet davon ausgehend Strategien und

Szenarien des Umgangs mit Krisen und Konflikten, liefert alternative Konzeptualisierungen politischer Probleme, diskutiert kontroverse Lösungsvorschläge und eröffnet auf diese Weise neue Denkwege.

Die hier favorisierte Trias von historisch-analytischer Perspektive, Zeitdiagnose sowie Reaktions- und Reformvorschlägen erfordert freilich eine riskante Verknüpfung von kreativer Archivpflege und innovativem Laboratorium. Die von der Politischen Theorie und Ideengeschichte praktizierte Verbindung von theoretischer Innovation, gesellschaftlicher Selbstausslegung und politischer Ordnung stellt eine große methodologische Herausforderung dar, denn begrifflich-konzeptionelle Entwürfe können nicht allein mit Blick auf ihren systematischen Gehalt analysiert werden, wie dies die vornehmlich auf eine Kanonisierung von Klassikern abhebende politische Philosophie betreibt; vielmehr müssen politische Ideen, Begriffe und Konzepte historisch kontextualisiert werden. Erst wenn die politischen Herausforderungen sichtbar gemacht werden, auf die politische Denker mit ihren Konzepten reagieren, und die gesellschaftlichen Wirkungen von theoretischen Innovationen rekonstruiert werden, lassen sich die Vermittlung von politischer Theorie und Praxis analysieren und Handlungsvorschläge generieren, die für politische Entscheidungseliten wie für die politische Öffentlichkeit anschlussfähig sind.

### **Der Challenge-and-Response-Ansatz der politischen Ideengeschichte**

Theorien als Antworten auf politische und gesellschaftliche Herausforderungen zu begreifen, also die Texte der politischen Ideengeschichte und die in ihnen entwickelten Argumente im Wechselspiel zwischen Bestandsaufnahme, Problemdiagnose und dem Entwurf von Lösungsstrategien zu analysieren, um einen neuen Blick auf die Gegenwart zu gewinnen, ist das zentrale Anliegen des Challenge-and-Response-Ansatzes der politischen Ideengeschichte. In seiner Präferenz für ein historisch-kontextualistisches Verfahren der Analyse politischer Ideen, Institutionenarrangements und politischen

Handelns besitzt er eine große Nähe zu dem prominent von Quentin Skinner und John Pocock vertretenen Ansatz der Cambridge School.<sup>6</sup>

Die Cambridge School gehört zu den sogenannten «adressatenzentrierten Ansätzen».<sup>7</sup> Entscheidend ist hier weniger, wer den Text geschrieben hat, welche Erfahrungen des Autors zentral waren und/oder in welchem Verhältnis die konkrete Schrift zum Gesamtwerk des Autors steht, sondern dass der Text «für jemanden geschrieben» wurde, sich also an einen bestimmten Adressatenkreis wendet, eine Botschaft vermittelt und damit im zeitgenössischen Kontext auf politische Wirkung abstellt. Um die politische Bedeutung eines Textes zu erfassen, müssen seine Kernaussagen in dem diskursiven und ideologischen Kontext analysiert werden, in dem er entstanden ist. Dementsprechend bildet nicht die in der klassischen Ideengeschichte eines Friedrich Meinecke favorisierte Diachronie der großen Denker, sondern die synchrone Textproduktion den Kontext der Analyse. Während Meineckes selektive Herangehensweise, sein offensives Eingeständnis, Ideengeschichte als eine Art Gipfelgespräch der großen Geister zu betreiben, als Beispiel dafür gelten kann, wie das ideengeschichtliche Archiv auf der Suche nach Lösungen für Probleme und Herausforderungen der je eigenen Zeit durchforstet wird,<sup>8</sup> steht Skinner für die semantische Erschließung des diskursiven Umfeldes der Theoriearbeit einzelner Autoren.<sup>9</sup>

Trotz der zuweilen sehr weit ausdifferenzierten historischen Diskurspanoramen ist der ideenpolitische Ansatz der Cambridge School in spezifischer Weise begrenzt: In seiner Fokussierung auf den «ideologischen» Umgang mit Begriffen<sup>10</sup> gerät zum einen die «Wissensordnung» aus dem Blick und damit auch das kritische Potenzial einer «Archäologie» politischer Ideengeschichte, wie sie Michel Foucault mit seiner gegen die traditionelle Ideengeschichte gerichteten genealogischen Methode der Diskurstheorie entwickelt hat.<sup>11</sup> Zentral ist hier der Status des Wissens als verdichtetes und autorisiertes Strukturmerkmal einer Gesellschaft, das auf die Herausbildung gesellschaftlicher Selbsteutungen einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Im Gegensatz zu Skinners Methode, politische und politiktheoretische Schriften als «Dokument» zu lesen, über das sich ein Autor absichtsvoll in die gesellschaftlichen Kontroversen seiner Zeit ein-

mischt, versteht die von Foucault geprägte Diskurstheorie Texte als «Monument». Das Subjekt als intentionaler Autor und Urheber seiner Handlungen wird verabschiedet, und an seine Stelle tritt der (wissenschaftliche) Diskurs über die Standards der jeweiligen Zivilisation. Dieser wird zum eigentlichen Medium, in dem sich Macht konstituiert, und bildet damit den vornehmlichen Gegenstand der Untersuchung.<sup>12</sup>

Eine weitere (Selbst-)Begrenzung des ideenpolitischen Ansatzes der Cambridge School besteht in der weitgehenden Ausblendung der Frage, ob aus der historisch-politischen Analyse theoretisch-systematische Erkenntnisse gewonnen werden können, die eine kritische Evaluierung politischer Handlungsvorschläge ermöglichen. Eben dafür interessiert sich der Challenge-and-Response-Ansatz. In seiner stärker systematisch ausgerichteten Modellbildung stellt er darauf ab, die konzeptionellen Leistungen politiktheoretischer Entwürfe und ihre politischen Umsetzungschancen zu beurteilen – und zwar sowohl innerhalb ihres historischen Entstehungs- und Wirkungsrahmens als auch mit Blick auf die gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Gegenwart.<sup>13</sup>

Die Annahme, dass die politische Ideengeschichte Potenziale für eine kritische Reflexion gegenwärtiger gesellschaftlicher Praxis enthält, ja dass im Rekurs auf die politische Geschichte und ihre begriffliche Tradierung in den Werken ausgewählter politischer Denker handlungsorientierende Vorbilder gewonnen werden können, hat der Challenge-and-Response-Ansatz mit hermeneutisch-interpretativen Theorien gemeinsam. Unter dieses weite Etikett fallen nicht nur die traditionellen Ansätze von Friedrich Meinecke, Leo Strauss und Arthur O. Lovejoy, die auf die zeit- und ortsunabhängige Geltung von Ideen abstellen, sondern dazu gehören auch performative Theorien des Politischen, die Politische Theorie als Intervention in gesellschaftliche Deutungskämpfe betreiben. Ausgangspunkt performativer Ansätze ist die Annahme, dass das Politische wesentlich sprachlich verfasst ist. Das betrifft sowohl das im engeren Sinne politische Handeln, also das in öffentlicher Rede und Gegenrede begründete Beraten und Entscheiden, als auch die begrifflich-konzeptionelle wie narrative Tradierung politischen Handelns, auf die sich Akteure interpretativ beziehen, wenn sie für ihre Vorschläge und Projekte um

öffentliche Anerkennung und Unterstützung werben. Wie man etwa bei Hannah Arendt und Michael Walzer und radikaler – zumindest was die polemische Zuspitzung und postmoderne Kampfterminologie betrifft – bei Chantal Mouffe beobachten kann, messen performative Ansätze der theoretischen Reflexion selbst einen ideell-konstitutiven Beitrag für politische Praxis bei. Diesem hermeneutisch-performativen Verständnis politischer Praxis<sup>14</sup> zufolge ist es keineswegs bedeutungslos, wie und in welcher Absicht vergangenes und gegenwärtiges Tun ideengeschichtlich tradiert und begrifflich konzeptionalisiert wird. Über die Kritik dominanter Wahrnehmungskategorien des Politischen und die Um- und Neudeutung politischer Begriffe, wie Freiheit, Macht, Autorität, aber auch über alternative Lesarten hegemonialer Leitkonzepte<sup>15</sup> soll der kategoriale und narrative Bezugsrahmen, innerhalb dessen politische Akteure ihre Gestaltungsmöglichkeiten einschätzen, Handlungsoptionen abwägen und politische Projekte ent- oder verwerfen, rekonfiguriert und darüber politische Innovation befördert werden.

In methodischer Hinsicht bleibt der hermeneutisch-performative Ansatz jedoch defizitär. Zugunsten einer auf politische Intervention angelegten und polemisch gegen den tradierten Kanon der politischen Theorie gerichteten Neuerzählung des Politischen werden methodische Fragen weitgehend ausblendet. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die ideengeschichtlichen Referenzen eher nach den Vorgaben politischer Plausibilität arrangiert als begriffsgeschichtlich systematisch entwickelt werden. Der Challenge-and-Response-Ansatz macht demgegenüber die Transferleistung von politischer Ideengeschichte in eine Politische Theorie mit zeitdiagnostischem Anspruch und therapeutischem Programm explizit. Zudem ist er an einer wissenssoziologisch informierten Begriffsgeschichte interessiert. Im Unterschied zur Begriffsgeschichte, wie sie ihr prominenter Vertreter Reinhart Koselleck in dem von ihm gemeinsam mit Otto Brunner und Werner Conze herausgegebenen Werk *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* betrieben hat,<sup>16</sup> nimmt der Challenge-and-Response-Ansatz weitere ideengeschichtliche Kontexte in den Blick. Während sich die *Geschichtlichen Grundbegriffe* auf eine bestimmte Epoche zwischen Früher Neuzeit und Moderne konzentrieren, die

Koselleck «Sattelzeit» nennt und von der er annimmt, dass politische Leitbegriffe hier einen tiefgreifenden Wandel erfahren hätten oder neue Begriffe geprägt worden seien, die für das moderne politische Denken entscheidend geworden sind, ist der Challenge-and-Response-Ansatz nicht nur historisch ausgreifender, sondern thematisiert die kulturhistorischen, sozioökonomischen und institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer politische Akteure wie politische Denker agiert haben. Von besonderem Interesse ist mithin auch das Wirken von Intellektuellen in ihrem mal mehr, mal weniger reflektierten Anliegen, auf die politischen Verhältnisse bzw. die politischen Entscheidungseliten Einfluss zu nehmen.<sup>17</sup> Die Selbstdeutungen von Intellektuellen, ihr Verständnis von politischer Theorie und Gesellschaftskritik und die Rolle, die sie sich als wirkmächtige Deuter politischer Wirklichkeit zusprechen, nehmen in dieser Einführung daher eine prominente Stellung ein.

### **Zur Konzeption dieser Einführung**

In der vorliegenden Einführung in die Politische Theorie und Ideengeschichte werden zentrale Grundprobleme der Politikwissenschaft entlang der wichtigsten Denker der politischen Philosophie und politischen Theorie vermittelt. Der Zugriff auf das Archiv politischen Denkens erfolgt dabei über politische Kernbegriffe und zentrale politische Ideen, wie Staat, Herrschaft, Souveränität, Verfassung, Revolution, Krieg, Gerechtigkeit und Freiheit, deren Herkunft und Wandel ebenso dargestellt werden wie ihr ideenpolitischer Einsatz. Die kontroversen Konzeptionalisierungen zentraler Leitbegriffe werden sowohl in ihrem historischen Entstehungskontext erörtert als auch im Hinblick auf das zeitdiagnostische und prognostisch-therapeutische Potenzial politiktheoretischer Problembearbeitung diskutiert. Ergänzt wird dieser begriffs- und problemorientierte Zugang durch die Darstellung komplementär-konkurrierender Diskursformationen, wobei hier exemplarisch auf die ideenpolitischen Strömungen Republikanismus und Liberalismus und deren jeweilige Leitbegriffe Tugend und Interesse eingegangen wird. Im Kapitel *Der Vertrag und die Erzählung* liegt der Schwerpunkt auf metho-

disch divergierenden Begründungen staatlicher Herrschaft und politischer Legitimität. Auch in dieser Gegenüberstellung kontraktualistischer und narrativ-hermeneutischer Ansätze kommt dem politisch-interventiven Selbstverständnis politischer Denker und der methodischen Reflexion der Theorie-Praxis-Vermittlung eine besondere Aufmerksamkeit zu.

Die insgesamt dreizehn Kapitel folgen einem ähnlichen Zuschnitt: Nach einem knappen, die Aktualität des Gegenstandsbereiches betonenden *Auftakt* wird zunächst der jeweils verhandelte Themenbereich in seinen vielgestaltigen Konzeptionalisierungen vorgestellt, um dann ausführlicher, mit Blick auf ausgewählte politische Denker und zentrale Kontroversen, die verschiedenen begriffstheoretischen Zugriffe auf die Politik und das Politische darzustellen. Jedes Kapitel endet neben den üblichen Quellenangaben und Anmerkungen mit einer Empfehlung weiterführender Literatur.

Angesichts von über 2500 Jahren politischen Denkens verbietet sich der Anspruch auf Vollständigkeit. Viele Autoren sind nicht berücksichtigt. Auch konnten nicht alle ideengeschichtlichen Diskussionen und politiktheoretischen Konzeptionen dargestellt werden. Auslassungen sind schmerzlich, aber in einem Einführungsbuch mit beschränktem Umfang kaum zu vermeiden. Dennoch beansprucht dieses Lehrbuch, wichtige Schneisen durch das weite Feld politischer Ideengeschichte und politiktheoretischer Modellbildung von der Antike bis zur Gegenwart zu schlagen und darüber Denkwege zu eröffnen, wie die Politik und das Politische begriffen werden können. Die Erwartung ist, hierdurch neue – und wohlmöglich teils auch ganz alte – Erkenntnisse über die (In)Stabilität demokratischer Ordnungen zu (re)generieren.

- 1 Dazu und zum Folgenden Herfried Münkler, «Politikwissenschaft. Zu Geschichte und Gegenstand, Schulen und Methoden des Fachs», in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hgg.), *Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs*, Reinbek b. Hamburg 1985, S. 10–24.
- 2 Zum Status von Politischer Theorie und Ideengeschichte im Fach Politikwissenschaft vgl. Hubertus Buchstein/Dirk Jörke, «Die Umstrittenheit der Politischen Theorie. Stationen im Verhältnis von Politischer Theorie und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik», in: Hubertus Buch-

- stein/Gerhard Göhler (Hgg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, Wiesbaden 2007, S. 15–44.
- 3 Dazu und zum Folgenden Grit Straßenberger/Herfried Münkler, «Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft», in: Buchstein/Göhler (Hgg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, S. 45–79.
  - 4 Herfried Münkler, «Politische Ideengeschichte»; in: ders. (Hg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*, Reinbek b. Hamburg 2003, S. 103 ff.
  - 5 Harald Bluhm, «Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Einleitung», in: Harald Bluhm/Jürgen Gebhardt (Hgg.), *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*, Baden-Baden 2006, S. 9–26, S. 12.
  - 6 Herfried Münkler/Vincent Rzepka, «Die Hegung der Öffentlichkeit. Der Challenge-and-Response-Ansatz und die Genese des Liberalismus aus der Krise des Republikanismus», in: Helmut Reinalter (Hg.), *Neue Perspektiven der Ideengeschichte*, Innsbruck 2015 [i. E.] – Einen zusammenfassenden Überblick zum Ansatz der Cambridge School bietet Hartmut Rosa, «Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie. Der Beitrag der Cambridge School zur Metatheorie», in: *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 35, H. 2, 1994, S. 197–223. Vgl. auch Raimund Ottow, «Die ‚Cambridge-School‘ und die Interaktion politischer Diskurse in England vor der Zeit Elisabeth’ I. bis zur Revolution», in: Lutz Raphael/Heinz-Elmar Tenorth (Hgg.), *Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit. Beiträge für eine erneuerte Geistesgeschichte*, München 2006, S. 31–69.
  - 7 Ralph Weber und Martin Beckstein unterscheiden in ihrer Einführung in die Politische Ideengeschichte «adressatenzentrierte Ansätze» von «textzentrierten, «autorenzentrierten» und «leserzentrierten» Ansätzen und grenzen davon noch einmal solche Interpretationsansätze ab, die sich in der Fokussierung auf Begriffe und deren Wandlungen auf ein «Kollektiv von Texten» stützen, wie etwa der begriffsgeschichtliche Ansatz von Reinhart Koselleck; Ralph Weber/Martin Beckstein, *Politische Ideengeschichte. Interpretationsansätze in der Praxis*, Göttingen 2014, S. 19 ff.
  - 8 Vgl. beispielhaft Friedrich Meinecke, *Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte*, München 1957 sowie ders., *Weltbürgertum und Nationalstaat*, München 1969 (2. Auflage).
  - 9 Marcus Llanque, «Alte und neue Wege der politischen Ideengeschichte», in: *Neue Politische Literatur* 49. Jg., Heft 1, 2004, S. 34–51.
  - 10 Reinhard Mehring, «Begriffssoziologie, Begriffsgeschichte, Begriffspolitik. Zur Form der Ideengeschichtsschreibung nach Carl Schmitt und Reinhart Koselleck», in: Bluhm/Gebhardt (Hgg.), *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert*, S. 31–50.
  - 11 Matthias Bohlender hat im Rekurs auf Foucault eine Archäologie der Idee von Kritik entwickelt. Mit Blick auf Kant, Marx und Nietzsche legt er die geschichtliche Durchsetzung und Ausweitung eines Kritikgedankens frei, der ein reflexives Verständnis zu ideenpolitischen Operationen ermöglicht; Matthias Bohlender, «Was ist Kritik? Versuch einer Archäologie», in: Harald Bluhm/Karsten Fischer/Marcus Llanque (Hgg.), *Ideenpolitik. Geschichtliche Konstellationen und gegenwärtige Konflikte*, Berlin 2011, S. 3–18.

- 12 Llanque, «Alte und neue Wege der politischen Ideengeschichte», S. 45 f.
- 13 Münkler/Rzepka, «Die Hegung der Öffentlichkeit. Der Challenge-and-Response-Ansatz und die Genese des Liberalismus aus der Krise des Republikanismus».
- 14 Zu Arendts hermeneutisch-performativem Verständnis politischer Praxis vgl. Grit Straßenberger, «Politik zwischen Freiheitsgewinn und Enttäuschungserfahrung. Zu den Kompensationsleistungen von politischer Theorie bei Hannah Arendt», in: Wolfgang Heuer/Irmela von der Lüche (Hgg.), *Dichterisch denken. Hannah Arendt und die Künste*, Göttingen 2007, S. 227–242; sowie dies., *Hannah Arendt zur Einführung*, Hamburg 2015.
- 15 So bezeichnet sich die als Radikaldemokratin oder «Linksschmittianerin» titulierte Chantal Mouffe selbst als Liberale, wobei sie – ihrem hegemonie-theoretischen Ansatz folgend – für ein alternatives Verständnis von Liberalismus eintritt. Kern dieses anderen Liberalismus, den Mouffe gegen das derzeit hegemoniale Verständnis eines universalistischen, rationalistischen und individualistischen Liberalismus in Stellung bringt, ist die Idee eines in Konflikten ausgetragenen Pluralismus; vgl. dazu Vincent Rzepka/Grit Straßenberger, «Für einen konfliktiven Liberalismus. Chantal Mouffes Verteidigung der liberalen Demokratie», in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 5. Jg., H. 2, 2014, S. 217–233.
- 16 Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hgg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 8 Bde., Stuttgart 1972 ff.
- 17 Zur Unterscheidung verschiedener Intellektuellentypen vgl. Reinhard Mehring, «Machiavelli oder Odysseus? Über alte und neue Intellektuelle», in: Bluhm/Fischer/Llanque (Hgg.), *Ideenpolitik*, S. 545–561; zur Typologie von Politikberatern und zu den paradoxalen Argumentationsstrategien in der theoretischen Reflexion der intendierten politischen Einflussnahme vgl. Felix Wassermann, «Die Paradoxie des Rats. Niccolò Machiavelli und Thomas Morus über und als politische Berater», in: ebd., S. 563–586.

## Kapitel I

### DIE POLITIK UND DAS POLITISCHE

Die Europäische Union, zumeist als «Brüssel» abgekürzt, treibt Politik, aber es fehlt ihr das Politische – so kann man das mehr oder minder diffuse Unbehagen vieler Bürger Europas an der EU auf den Punkt bringen. Von Brüssel aus wird Europa verwaltet, in vielen Fällen zur Zufriedenheit der Menschen, in anderen weniger, aber die Kritik richtet sich in den Fällen der Unzufriedenheit nicht auf Defizite oder Fehler der Administration, sondern auf das Fehlen von Alternativen, auf den Mangel an Kontroversen und auf die lautlose Einmütigkeit, mit der das Administrieren Europas erfolgt. Dem lässt sich auch durch Wahlen zum Europaparlament nicht abhelfen, wenn die Unterschiede zwischen den antretenden Parteien aus Sicht der Bürger kaum zu erkennen sind. Das politische Problem der EU ist, dass ihr das Politische abgeht und sich infolgedessen die Politik in einem mehr oder weniger effizienten Administrieren erschöpft.

Das «Politische» ist in der politischen Ideengeschichte jedoch keineswegs einheitlich entworfen worden. Worin es zu suchen und wie es zu gestalten ist, ist umstritten. Die Entscheidung darüber, was das Politische ist bzw. sein soll, wie es gegenüber dem Privaten, dem Verrechtlichten, dem Wirtschaftlichen usw. abgegrenzt wird, legt den Bereich fest, innerhalb dessen Politik gemacht werden kann, was also als Entscheidungsalternative zur Disposition der Bürger steht und anschließend im Sinne von kollektiv bindenden Entscheidungen zu befolgen bzw. hinzunehmen ist. Neben der topologischen Bestimmung des Politischen als ein besonderer, vom privaten wie gesellschaftlichen Bereich unterschiedener Raum des Handelns und Entscheidens ist das Politische mit normativen Erwartungen verbunden worden, etwa als Ort politischer Freiheit, an dem das, was alle angeht, auch von allen öffentlich besprochen und entschieden werden soll. Die öffentliche Diskussion gemeinsamer Angelegenheiten kann als konfliktiv oder konsensuell vorgestellt werden, was auf die modale Kennzeichnung des Politischen verweist. Davon ist die temporale Dimension des Politischen zu unterscheiden, bei der es um das Verhältnis von Politik und Zeit

geht: Besitzt politisches Handeln eine die Kontinuität von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufsprenge Qualität oder ist es in historische Gesetzmäßigkeiten eingeschrieben, die fortschrittslogisch oder verfallstheoretisch vorgestellt werden können? Schließlich geht es bei der Frage nach dem Politischen immer auch um das Verhältnis von Handlungsmacht und institutioneller Bindung, also um die Ermöglichung und Begrenzung politischen Handelns.

### **Das Denken des Politischen: Ein Überblick**

Im Grundsatz lassen sich im deutschen Diskurs zwei Vorstellungen von Politik unterscheiden: Da ist zunächst die Begriffsverwendung von Politik im Sinne eines Administrierens zentraler Bereiche des Gemeinwesens, der Bearbeitung von Aufgaben, die weder vom Markt noch von der Zivilgesellschaft erledigt werden können oder erledigt werden sollen, weil zu befürchten ist, dass dann besondere Interessenkonfigurationen aus der Gesellschaft die Oberhand bekommen. Die Politik wird hier tätig, weil die fraglichen Aufgaben weder von Wirtschaftsunternehmen noch von zivilgesellschaftlichen Akteuren zur allgemeinen Zufriedenheit und Akzeptanz erfüllt werden können. Dabei dient eine von Fall zu Fall näher zu bestimmende Vorstellung des Gemeinwohls als Zielmarke der politischen Aufgabenstellung. Politik wird in diesem Verständnis also als Komplementärbegriff zu Wirtschaft und Zivilgesellschaft gebraucht. Sie erledigt Aufgaben, die das Gemeinwesen als Ganzes betreffen, sorgt dafür, dass die erforderlichen Ressourcen verfügbar sind, und eröffnet eine (begrenzte) Diskussion über die Richtigkeit der verfolgten Ziele und die Effektivität bzw. Angemessenheit der dabei präferierten Mittel. Die Komplementarität von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schließt im Übrigen Kooperation und Aufgabenteilung nicht aus, worauf im aktuellen, wesentlich von der Governance-Theorie angestoßenen Diskurs die Formate von *private-public-partnership* verweisen.

Daneben gibt es aber auch einen Politikbegriff, der auf die agonale Auseinandersetzung zwischen (mindestens) zwei politischen Willen

abhebt. Politik wird hier als Kampf um die Macht im Sinne eines privilegierten Zugangs zu den Ressourcen der Machtausübung (Ämtern und Positionen) und der Verfügung über die gesellschaftlich vorherrschenden Deutungen (Hegemonie der Symbole und Narrative) verstanden. Dieser Politikbegriff hebt auf konfliktsche Entscheidungen ab, in denen es um die grundsätzliche Ausgestaltung bzw. Entwicklungsrichtung eines Gemeinwesens geht. Zu diesem Politikbegriff gehört auch der Kampf um die Formen und Begrenzungen des Zugangs zu Macht und Einfluss, der zumeist durch Verfassungsgesetze geregelt ist, sowie die Festlegung von Regeln, nach denen der Markt funktioniert, sowie der Aufgaben und Problemfelder, die in den Zuständigkeitsbereich der Zivilgesellschaft fallen. Hier geht es nicht um Komplementarität, sondern um Über- und Unterordnung, Rangfolge und Gewicht. Das ist der Bereich des Politischen.

In der angloamerikanischen Politikwissenschaft dominieren anstelle dieser beiden komplementären Vorstellungen von Politik, als *politics* und *the political* wiedergegeben, üblicherweise drei Begriffe, die inzwischen Eingang in die deutsche politikwissenschaftliche Literatur gefunden haben. Mitunter werden sie freilich recht schematisch angewandt und verwandeln sich dadurch aus analytischen Begriffen in Schubkästen zur Herstellung einer mitunter zwanghaften Differenzierung, die der Komplexität des Politischen nicht genügen. So werden mit *policy/policies* Politikfelder bezeichnet, in denen die Strategien der Gemeinwohlverwirklichung bzw. Interessendurchsetzung erprobt und angewandt werden. Mit Blick auf die *Inhalte* der Politik, etwa Hochschulpolitik, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Verkehrspolitik usw., wird auf die Administration des Gemeinwesens abgestellt. Der deutsche Begriff für *policy* würde eigentlich *Policey* lauten, und in der *Policey*wissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts waren damit die Praktiken des obrigkeitlichen Wohlfahrtsstaates gemeint. In dieser Literatur war von der *«guten policey»* die Rede, womit gesagt werden sollte, dass die Absichten des Landesherrn, die Strategien seiner Verwaltung und die Prosperität des Landes zusammenstimmten.<sup>1</sup> Unter den modernen Begriffen kommt *good governance* dem der *guten policey* am nächsten – wobei in der *guten policey* freilich auch Lebensbereiche der landesherrlichen Regulation

unterworfen wurden, die seit der Trennung von Staat und Gesellschaft der politischen Ordnung entzogen wurden. Sowohl der Liberalismus als auch der Republikanismus des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts haben die Idee der ‚guten policey‘ und die ihr inhärenten Wohlfahrtsvorstellungen kritisiert, weil darin die Menschen als ‚unmündige‘ Kinder und nicht als ‚mündige‘ Bürger behandelt wurden. Politische Partizipation respektive verantwortliche Selbstregierung, so die Schnittstelle republikanischer und liberaler Vorstellungen, sollten an die Stelle obrigkeitlicher Beglückung treten.

Der Begriff *politics* akzentuiert demgegenüber den Kampf um Macht und Einfluss, um die Verfügung über den Verwaltungsapparat und die Erringung der Deutungshegemonie in politischen Fragen, also den politischen *Prozess*. Hier geht es um die Konflikte wie Kompromisse zwischen den großen politischen Akteuren, weswegen mit diesem Begriff, in Abgrenzung zu der auf das Innere bezogenen *policy*, häufig auch die *äußere* Politik der Staaten bzw. deren Agieren gegenüber anderen Mächten bezeichnet wird. Im Innern der Staaten wird dieser Machtkampf jedoch nicht nur als Ringen um Ämter und Positionen ausgetragen, sondern auch als Auseinandersetzung um die politisch-kulturelle Hegemonie, also um die Frage, welche Weltansicht und welche Problempersonifikation dominant ist.

Mit *polity* schließlich werden die Verfassungsordnung und das politische Regelsystem, also die *Form* des Politischen, bezeichnet, innerhalb deren die Machtkämpfe und politischen Konflikte nach den durch die *polity* vorgegebenen Regeln und Verfahren ausgetragen werden. In der *polity* ist zugleich festgelegt, welche Politikfelder (*policies*) zu bearbeiten sind und nach welchen Grundsätzen dies zu geschehen hat. *Polity* ist somit die Rahmung für den Kampf um Macht und Einfluss (*politics*). Sie legt zugleich fest, was Politik können soll und können darf.

Im Deutschen und im Französischen hat sich eine andere begriffliche und konzeptionelle Unterscheidung herausgebildet, an der sich die Politische Theorie bis heute abarbeitet: Der deutschen Unterscheidung zwischen *Politik* und *dem Politischen* entspricht im Französischen das Begriffspaar *la politique/le politique*. Dieser Unterscheidung zufolge steht *Politik* für den routinierten Betrieb der Bewirtschaftung von Politikfeldern wie der institutionell gehegten

Kämpfe um Macht und Einfluss, während *das Politische* die Konstituierungskonstellationen dieses Betriebs bezeichnet, in denen dieser geordnet, Neues auf den Weg gebracht oder die Grundstruktur der politischen Ordnung verändert wird. Das Politische begegnet uns gemäß dieser begriffspolitischen Perspektive besonders deutlich in Revolutionen und Umbruchsituationen, in grundlegenden Reformen oder Akten der Verfassungsgebung, in denen die bisherigen Regeln und Routinen außer Kraft gesetzt werden. Indem das Politische hier die Frage nach den Rahmenbedingungen des Politikbetriebs stellt und festlegt, was dessen Zweck und Aufgaben sind, geht es nicht nur um die bloße Feststellung, dass etwas funktioniert, sondern um die grundlegendere Frage, ob dieses Funktionieren sinnvoll und gerechtfertigt ist.

[...]